

# DGS und GfS: Die Gesellschaften für Soziologie im Vereinigungsprozess

*Bernhard Schäfers*

## Zur Vorgeschichte. Leipziger »Soziologen-Tag« 1991

In der bis zum 3. Oktober 1990 existierenden DDR gab es das Fach Soziologie zunächst nicht. Diese Disziplin war im Spektrum der Wissenschaften nicht vorgesehen; sie galt als typisch bürgerlich. Ihre Ansprüche auf Erklärung der gesellschaftlichen Wirklichkeit würden, so hieß es, durch die alles umfassende Theorie des Marxismus-Leninismus und dessen Fundierung im Historischen Materialismus voll abgedeckt.

Nach der zögerlichen Öffnung für die empirische Soziologie seit Beginn der 1960er Jahre erschien ein »Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie«, das auch in Westdeutschland durch eine Lizenzausgabe des Westdeutschen Verlages große Verbreitung fand. In der 2., erweiterten Auflage von 1978 steht unter dem Stichwort »Soziologie«: »Der historische Materialismus ist die allgemeine Theorie der marxistisch-leninistischen Soziologie.« (Weidig 1978: 600)

Trotz der prinzipiellen Vorbehalte kam es seit den 1960er Jahren zur Einrichtung von Forschungsinstituten, in denen soziologische Methoden der Erhebung und Auswertung angewandt wurden, unter ihnen das bekannte »Zentralinstitut für Jugendforschung« in Leipzig. In einer resümierenden Geschichte des Instituts, das in den 25 Jahren seines Bestehens über 400 empirische Untersuchungen durchführte, schreiben die Herausgeber im Vorwort: »Selbst Forschungsergebnisse, die klar für die DDR und die DDR-Jugend sprachen, durften nicht publiziert werden. Was für ein absurdes und geradezu pathologisches Politikverhalten.« (Friedrich et al. 1999: 9)

Seit den 1970er Jahren wurden erste Lehrstühle und an drei Orten Diplom-Studiengänge eingerichtet: in Berlin, Halle und Leipzig. Der soziologische Lehrkörper an diesen Universitäten bestand im Jahr 1989 aus sieben Professuren, sieben Dozenten und 33 Assistenten. »Zwischen 1975 und 1989 konnte so alljährlich eine kleine Zahl von etwa 40 ausgebildeten Diplomsoziologen die DDR-Universitäten verlassen.« (vgl. Kreckel 1995: 232)

Zur Vorgeschichte des Vereinigungsprozesses von zwei deutschen soziologischen Gesellschaften gehören die beiden Soziologentage in Zürich 1988 und in Frankfurt 1990.

In dieser Zeit war Wolfgang Zapf Vorsitzender der DGS. Es ist ein Glücksfall für die weitere Entwicklung der Soziologie im Vereinigungsprozess, dass Zapf damals Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) war und aus dieser Position bereits vor der Wiedervereinigung viele wichtige Kontakte zu ostdeutschen Soziologen knüpfen konnte. Durch Zuschüsse der Deutschen Forschungsgemeinschaft war es ihm möglich, eine größere Gruppe von DDR-Soziologen nach Zürich und nach Frankfurt am Main einzuladen.

Ich war Mitglied in beiden Vorständen von Wolfgang Zapf und ab den 1. Januar 1990 sein Nachfolger als Vorsitzender der DGS. Auf dem Zürcher Soziologentag, 1988, der zusammen mit der Österreichischen und der Schweizer Gesellschaft für Soziologie durchgeführt wurde – zur Erinnerung an den 6. Deutschen Soziologentag, der 1928 in Zürich stattfand –, ahnte noch niemand, weder in der DGS noch in der Politik, dass sich nur ein Jahr später die Grenzen nach Berlin und zur DDR öffnen würden.

Auch die Planung des 25. Deutschen Soziologentages,<sup>1</sup> der wenige Tage nach der offiziellen Vereinigung der beiden deutschen Staaten<sup>2</sup> in Frankfurt am Main stattfand, konnte das beschleunigte Szenario des Einigungsprozesses noch nicht im Blick haben. So war nach Frankfurt von Wolfgang Zapf ebenfalls eine größere Gruppe von (vormaligen) DDR-Soziologen eingeladen worden. In Frankfurt waren die Möglichkeiten des Gesprächs und der Kooperation völlig andere als in Zürich: freier und aufgeschlossener »und der Zukunft zugewandt«.<sup>3</sup>

---

1 Erst 1995 wurde die Bezeichnung »Kongress der DGS« eingeführt.

2 Korrekt: der Aufnahme der neu gegründeten Länder der vormaligen DDR in das Staatsgebiet der BRD.

3 Zu beiden Soziologentagen vgl. die von Wolfgang Zapf herausgegebenen »Verhandlungen« (Haller, Nowotny, Zapf 1989; Zapf 1991).

Erst nach dem Fall der Berliner Mauer und den Grenzöffnungen wurde im Februar 1990 eine Gesellschaft für Soziologie (GfS) gegründet. Die Dynamik der späten Gründung führte im Mai 1991 noch zu einem »Soziologentag« in Leipzig bzw. »draußen vor der Stadt« in den Messehallen von Markkleeberg. Etwa 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren gekommen. Das Thema lautete: »Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme«.

Der Vorsitzende der GfS, Hansgünter Meyer, sagte in seinem »Versuch einer Einführung«:

»Im Februar 1990, mitten im Prozess der ›Wende der Wende‹, die die Revolution der Bürgerbewegung der DDR durchlief, fand – im Anschluss an den 5. Soziologie-Kongress in Berlin – die Gründung der Gesellschaft für Soziologie in der DDR (GfS) statt, zu einer Zeit, als schon klar war, dass die Bevölkerungsmehrheit für den Anschluss an die Bundesrepublik votieren werde; es ging nur noch darum, unter welchen Konditionen.« (Meyer 1992a: 5)

Über die Wahl von Leipzig als Tagungsort führte Meyer aus: »Es sollte ein deutliches Zeichen der Abkehr vom Berlin-Zentrismus gesetzt werden.« (ebd.: 6) Zu diesem Berlin-Zentrismus gehörte auch, dass die Mehrzahl der Soziologen nicht an den genannten Universitäten zu finden war, sondern in zwei Berliner Akademien: im »Institut für Soziologie und Sozialpolitik« bei der Akademie der Wissenschaften der DDR – an der auch Hansgünter Meyer tätig war – und dem »Institut für Marxistisch-Leninistische Soziologie« (Kreckel 1995: 232).

In meinem Grußwort als Vorsitzender der DGS streifte ich die weitgehende Nicht-Wahrnehmung der DDR-Soziologie und der DDR-Gesellschaft durch die westdeutschen Soziologen und Soziologinnen. Als Beleg diente das seit 1972/73 erscheinende, von M. Rainer Lepsius während seiner Zeit als Vorsitzender ins Leben gerufene »Mitteilungsblatt der DGS«.<sup>4</sup> In den damals 19 Jahrgängen fanden sich nur zwei Beiträge, die sich mit der DDR-Soziologie beschäftigten. Der erste Beitrag erschien 1989 in Heft 2. Sabine Hamm – an der Humboldt-Universität diplomiert und promoviert – berichtete über »Soziologie in der DDR« (Hamm 1989). Der zweite Beitrag erschien in Heft 1, 1991, verfasst von Professor Herbert F. Wolf aus Leipzig: »Bemerkungen zur Geschichte der soziologischen Kolloquien in Leipzig« (Wolf 1991).

---

4 Seit Mitte 1999 »Soziologie. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie«.

Über den Leipziger Soziologen-Tag berichtete der Karlsruher Soziologe Hans-Joachim Klein 1991 in Heft 1 der »DGS-Informationen« unter der Überschrift »Zwischenschritt«. Es habe einen erheblichen Unterschied in den Beiträgen von west- und ostdeutschen Soziologen gegeben; erstere »demonstrierten sach- und theorieorientiertes Analysewissen«, letztere »wollten pragmatisch ihre personale und gesellschaftliche Existenz diskutieren« (Klein 1991: 12). Einige der westdeutschen Beiträge (so auch mir erinnerlich) waren in ihrer theoretischen Orientierung abgehoben, unterkühlt, einige auch anmaßend belehrend.

Der Leipziger Soziologe Dr. Bernd Lindner berichtete im genannten Heft der »DGS-Informationen« über den Soziologen-Tag: Bereits

»die erste Plenarveranstaltung machte deutlich, wie schwer es ist [...], gemeinsame Ebenen zu finden. Nicht nur, dass aus unterschiedlichen theoretischen Positionen heraus argumentiert wird, ist das Problem. Die westdeutschen Kollegen [...] bringen eine »Abgeklärtheit« in die Diskussion ein, die die ostdeutschen Wissenschaftler [...] zurzeit beim besten Willen nicht aufzubringen vermögen.« (Lindner 1991: 13f.)

Und weiter heißt es:

»Man muss die Denkgefüge des Anderen kennen und begreifen lernen, bevor man sich wirklich auf ihn einlassen kann und eine Zusammenarbeit möglich wird. Dies scheint bei dem von Hartmut Esser (Köln) präsentierten DFG-Schwerpunktprogramm »Sozialer und politischer Wandel im Zuge der Integration der DDR-Gesellschaft« nur bedingt eingeplant zu sein. Der »gigantische Laborfalk der Umwandlung eines Gesellschaftssystems wird vorerst im Wesentlichen nur aus westlicher Sicht analysiert werden.« (ebd.)<sup>5</sup>

## Stufen im Vereinigungsprozess.

### Die Selbstauflösung der Gesellschaft für Soziologie

Die erste Sitzung des neuen Vorstandes der DGS unter meinem Vorsitz fand im Januar 1991 zwecks »Amtsübergabe« im WZB statt. Dem neuen Vorstand gehörten Ulrich Beck, Lars Clausen, Christel Hopf, Rosemarie Nave-Herz, Claus Offe und Ingrid N. Sommerkorn an. Alle Mitglieder des

---

<sup>5</sup> Bernd Lindner war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Jugendforschung, das aber inzwischen zum Deutschen Jugendinstitut in München gehörte. Leipzig war nunmehr »Außenstelle«.

Vorstandes zeigten ein außergewöhnliches Engagement für die Belange der Soziologie in den neuen Bundesländern.

Bereits auf dieser ersten Sitzung wurde beschlossen, dass es neben dem Mitteilungsblatt der DGS für eine bestimmte Zeit ein zusätzliches Nachrichtenblatt geben sollte, um die Entwicklung der Soziologie in den neuen Bundesländern aktuell und breit dokumentieren zu können. So erschienen bis Anfang 1993 sechs Ausgaben der bereits erwähnten »DGS-Informationen«. Aktuelle Nachrichten der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS)«. Ich wurde mit der Herausgabe beauftragt. Die nachfolgenden Ausführungen basieren vor allem auf diesen »DGS-Informationen«.

Der entscheidende Schritt im Vereinigungsprozess der beiden deutschen Soziologien fand am 7. März 1992 in Berlin statt. Professor Hansgünter Meyer hatte die GfS zur Mitgliederversammlung eingeladen. In Heft 2/1992 der »DGS-Informationen« legte er über diese Versammlung einen ausführlichen Bericht vor, der hier mit wenigen Kürzungen im Wortlaut wiedergegeben wird.

»Am 7. März 1992 fand in Berlin, im Senatsaal der Humboldt-Universität, die Jahresmitgliederversammlung der ostdeutschen Gesellschaft für Soziologie statt, an der auch Vorstandsmitglieder der Deutschen Gesellschaft für Soziologie – die Professoren Schäfers und Offe –, des Berufsverbandes Deutscher Soziologen – Prof. Bücken-Gärtner und Dr. Nacken – und unter anderen Gästen auch Prof. Lepsius teilnahmen.

Die Gesellschaft hatte zwei Verhandlungspunkte auf die Tagesordnung gesetzt: Den Bericht des Vorsitzenden zur Einschätzung einer 2jährigen Verbands-Tätigkeit sowie die Frage der Auflösung der Gesellschaft per 31. März 1992.

Die Gesellschaft für Soziologie, im Februar 1990 mit der Ortsbezeichnung »in der DDR« gegründet, hat eigentlich von Anfang an auf den Punkt hingearbeitet, wo man sie von innen und außen als nicht mehr erforderlich ansehen würde. Eine wissenschaftliche Gesellschaft befristet ins Leben zu rufen, mag paradox erscheinen, aber die Umstände ihres Entstehens sowie der Zeitpunkt ihrer Gründung ließen keine andere Option zu.

Im Herbst 1989 entstanden die Basis-Strukturen, sehr selbstständig, mit eigenen Satzungsentwürfen, zuerst in Leipzig, dann zeitgleich in Berlin und Rostock. War schon diese betonte Regionalität für die damaligen DDR-Verhältnisse etwas Neues, so noch mehr die schnelle Reaktion der Soziologen, sich der immer als lästig bis unerträglich empfundenen Einsperrung in eine der SED-Herrschaftsstrukturen zu entledigen, wie der Wissenschaftliche Rat für soziologische Forschung sowie seine Untergliederungen in sog. Problemräte es im eigenen, oft publizierten Selbstverständnis waren. Ging es in dieser frühen Phase des Aufbruchs noch um eine gründliche Reform der DDR, so war bis zum Gründungstermin im Februar der Umsturz schon so weit fortgeschritten, daß die Wiedervereinigung Deutsch-

lands nur noch eine Frage der Zeit war – Hans Modrow hatte von Moskau aus diese neue Wende verkündet – und die Gesellschaft für Soziologie der DDR konnte sich die Aufgabe stellen, den zu erwartenden Prozeß der Fusion der deutschen Wissenschaftssysteme für ihre Klientel fürsorglich zu begleiten.

Dazu gab es einigen Grund, denn in der künftig ostdeutschen Soziologie war ein kompliziertes Erbe anzutreten. Der Versuch der Soziologen der frühen 60er Jahre, eine kritisch-analytische Begleitung der Gesellschaftsgestaltung in der DDR zu verwirklichen, war gescheitert. Die Soziologie war zu einem Führungsinstrument einer sich immer mehr in Fehlentwicklungen und Absurditäten verstrickenden Parteiführung deformiert worden, zugleich besaß sie aber ein ausgedehntes Wissen über die Sozialstruktur und Soziallagen dieser Gesellschaft, sowie Fähigkeiten, rasch zu neuen wissenschaftlichen Praktiken überzugehen und das vorhandene Wissen zu vertiefen. Und: Im Bewußtsein, daß man viel mehr wissenschaftlich leisten konnte, als einem darzubieten erlaubt gewesen war, erklärten die ostdeutschen Soziologen, daß die beginnende gesellschaftliche Transformation ihrer bedarf, ihrer dringender bedarf denn je, sollten alte Fehler in diesem Land, der Ausschluß der Sozialwissenschaft aus den Problemen der Gesellschaftsentwicklung, nicht wiederholt werden.

Obwohl die etwa 500 wissenschaftlich arbeitenden DDR-Soziologen das Jahr 1990 in diesem Sinne zu nutzen versucht hatten (das beweisen eine lange Liste von neuen Arbeiten und Veranstaltungen sowie zahlreiche neu begonnene Projekte, vielfach in enger Kooperation mit westdeutschen Partnern sowie die Konturen, die das Leipziger Soziologentreffen 24.–26. Mai 1991 – ca. 700 Teilnehmer, 38 Arbeitsgruppen mit ca. 220 Verhandlungsstunden – sichtbar machte), zeichnete sich aber doch keine Fusion der wissenschaftlichen Communities West-Ost ab, sondern es begannen in großem Tempo der Institutionen-Crash und die Abwicklungsprozeduren, denen nur sehr zögerlich Neugründungen und Potential-Neugestaltungen folgten. Spätere Zeiten mögen darüber urteilen, was die Soziologie in Deutschland durch diese Prozedur an Wissenschafts- und Forschungstätigkeit gewonnen und verloren hat.

Die Diskussion der Jahresmitgliederversammlung zeigte keinerlei Zweifel, daß die Dinge gerade so und kaum anders gesehen werden können. Arndt Ullmann (Dresden) ergänzte das aufgerollte Szenarium durch Details, wie vermittels immer mal wieder verlängerter befristeter Arbeitsverträge die Lehrveranstaltungen für Soziologie an den Universitäten notdürftig aufrecht erhalten werden – über allen schwebt das Damokles-Schwert weiterer Abwicklungen.

Die Ergebnisse der umfangreichen Neuberufungsprozeduren lassen auf sich warten, der Anteil ostdeutscher Kollegen wird minimal sein. Ein weiterer Diskussionsstrang ergab sich aus der beklemmenden Frage: Wie weit gehen die Depressionen noch? Es wird auf Länderebene darüber verhandelt, Soziologie-Diplome und möglicherweise andere Qualifikationen nicht als akademisch vollwertige anzuerkennen. Eine für die Kollegen nachteilige Uminterpretation des Vereinigungsvertrages (Art. 37) zeichnet sich ab. Darüber sprachen Dieter Dohnke, Karin Lohr,

Georg Aßmann (alle Berlin). Es bestand bei allen Rednern kein Zweifel, daß die ostdeutschen Soziologen – was von ihnen 1993 noch vorhanden sein wird – künftig ihre Tätigkeit in wissenschaftlichen Verbänden im Rahmen der DGS und des BDS sowie ihrer Strukturen wahrnehmen sollen und dies auch wollen: Herbert Wolf (Leipzig), Arndt Ullmann, Rainer Schubert (Berlin), Ute Frank (Leipzig, z.Zt. Hannover), Frank Ettrich (Berlin).

Es kam aber auch zum Ausdruck, daß vielen noch unklar war, wie man in diesen Gesellschaften wirksam werden kann [...]. Alle diese Gesichtspunkte beschäftigten auch die Gäste aus DGS und BDS. Für Claus Offe, Bernhard Schäfers und M. Rainer Lepsius bestand kein Zweifel an der Notwendigkeit, die Berufszertifikate der Soziologen mit DDR-Abschlüssen anzuerkennen. Claus Offe führte aus, dass Erfahrungen des BDS mit Äquivalenzgutachten hilfreich sein könnten, die Probleme zu versachlichen [...].

Der Vorstand der DGS erwägt eine Kooptierung von zwei ostdeutschen Soziologen [...].

Eine viel beachtete Diskussionsrede hielt M. Rainer Lepsius. Glanz und Patina wissenschaftlicher Berufsorganisationen abwägend hob er die erzielte Interaktionsdichte (z.B. der Sektionen der DGS) hervor, die Bedingungen und zugleich Resultat der Gesellschaftsfähigkeit sei und verglich sie mit den devastierten Gebieten in der ostdeutschen Szene. Der dortigen Sonderprobleme müsse sich die DGS annehmen, eventuell einen besonderen Arbeitskreis schaffen; eine regionale Sondervertretung, wie in der GfS z.Z. vorhanden, sei indes künftig nicht notwendig. Wohl aber sind solche Probleme zu begleiten wie die KSPW-Aktivitäten<sup>6</sup> [...]. Lepsius beschrieb den Neuaufbau von sechs Soziologie-Instituten, überwiegend mit Professoren aus den alten Bundesländern an den ostdeutschen Universitäten, ohne die Schwierigkeiten zu übergehen, die bei der Erhaltung des östlichen Mittelbaus auftreten. Die bislang geleistete Arbeit werde sich bald auszahlen. Er setzte sich für die forcierte Aufnahme ostdeutscher Soziologen in die DGS ein, bei Personen mit Übergangsregelungen sollte eine verminderte Beitragsleistung angeboten werden. Um die bereits diskutierten Aufgaben der GfS, die sich für 1991 abzeichnen, erledigen zu können, plädierte Lepsius für Weiterbestand der Gesellschaft bis zum 31.12.1992.

---

6 Im Herbst 1990 bereiste der Wissenschaftsrat die Forschungsstätten der neuen Bundesländer. Diese und andere Initiativen führten 1991 zur Errichtung der »Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW)«. Erklärtes Ziel war, auch ostdeutsche Sozialwissenschaftler zu beteiligen. 1998 lagen insgesamt 63 Forschungsberichte vor (vgl. hierzu Schäfers 1999; dort wird auch auf die anderen Forschungsinitiativen, die den sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern erklären sollten, hingewiesen. Das Schwerpunktprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft wurde bereits erwähnt: »Sozialer und politischer Wandel im Zuge der Integration der DDR-Gesellschaft«).

Seinen Darlegungen folgte danach eine weitere Reihe von Diskussionsrednern, inhaltlich aber insbesondere den Termin der Auflösung der GfS betreffend. Begrüßt wurde die schon von anderen Rednern befürwortete Unterstützung eines qualitativ hochwertigen Beitrags der GfS zum Düsseldorfer Soziologentag, den man im Zusammenhang mit der KSPW organisatorisch und finanziell fördern wolle und der Gelegenheit bieten sollte, neuere Ergebnisse zur soziologischen Erforschung der Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern gebündelt vorzustellen.

Die Diskussion führte zu einem einstimmigen Beschluß, die GfS bis zum 31.12.1992 aufzulösen. Der bisherige Vorstand wurde als bewährtes Leitungsgremium für diesen Zeitraum in geheimer Wahl bestätigt. Seine Mitglieder: Prof. Dr. Hansgünter Meyer, Vorsitzender, Dozent Dr. Dieter Dohnke, Dozent Dr. Steffen Wilsdorf, Stellvertreter, Dipl.-Soz. Dorit Denner, Dipl.-Soz. Ute Frank, Dr. Thomas Hanf, Dr. Jan Wielgohs. Wieder gewählt wurde auch die Revisionskommission unter Leitung von Frau Prof. em. Dr. Alice Kahl.« (Meyer 1992b: 10ff.)

Die Ausführungen von Professor Lepsius gaben den Ausschlag für den einstimmigen Beschluss zur Auflösung der GfS. Es wäre eigentlich an mir gewesen wäre, die Sicht der DGS darzulegen. Ich bat Professor Lepsius, dies zu tun. Niemand hatte sich wie er in den neuen Bundesländern durch seine Aufbauarbeit für die Soziologie eine vergleichbare Achtung erworben, und niemand war wie er in der Lage, mit rhetorischer Brillanz die Dinge beim Namen zu nennen.

Die von Professor Hansgünter Meyer angesprochene Kooptierung von zwei Mitgliedern aus der GfS im Vorstand der DGS wurde am 11. Mai 1992 beschlossen. Kooptiert wurden, ohne Stimmrecht, der Vorsitzende, Professor Hansgünter Meyer, und Dozentin Dr. Karin Lohr von der Humboldt-Universität (vgl. DGS-Informationen 2/1992: 36).

Der 26. Deutsche Soziologentag, der vom 28. September bis zum 2. Oktober 1992 in der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf stattfand, hatte das Thema: »Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa«. Als die Sitzung des Konzils anstand, auf der i.d.R. der Austragungsort für den nächsten Kongress festgelegt wird, bat mich Professor Lepsius, auf einen Austragungsort in den neuen Bundesländern hinzuwirken; er schlug Halle an der Saale vor.<sup>7</sup> So geschah es. Der Hallenser Soziologiekongress unter dem Vorsitz von Professor Lars Clausen bleibt allen, die teilnahmen, in bester Erinnerung. Der sächsische Ministerpräsident, Professor Dr. Kurt Biedenkopf, hielt das einleitende Festreferat. Es trug nicht unwesentlich zur damals verbreiteten Aufbruchstimmung bei.

---

<sup>7</sup> Hier war er selbst am Aufbau des Soziologischen Instituts beteiligt.

## Literatur

- Friedrich, W., Förster, P., Starke, K. (Hg.) 1999: Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin: edition ost.
- Haller, M., Hoffmann-Nowotny, H.-J., Zapf, W. (Hg.) 1989: Kultur und Gesellschaft: Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentags, des 11. Österreichischen Soziologentags und des 8. Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Zürich 1988. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Hamm, S. 1989: Soziologie in der DDR – ein Überblick. *Soziologie, Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, 18. Jg., Heft 2, 137–154.
- Klein, H.-J. 1991: Zwischenschritt. Nachlese zum Leipziger Soziologen-Tag. *DGS-Informationen*, 1. Jg., Heft 1, 12–13.
- Kreckel, R. 1995: Soziologie an den ostdeutschen Universitäten: Abbau und Neubeginn. In B. Schäfers (Hg.), *Soziologie in Deutschland. Entwicklung, Institutionalisierung und Berufsfelder. Theoretische Kontroversen*. Opladen: Leske + Budrich, 231–248.
- Lindner, B. 1991: Bewegung – aufeinander zu. *DGS-Informationen*, 1. Jg., Heft 1, 13–15.
- Meyer, H. (Hg.) 1992a: *Soziologen-Tag Leipzig 1991. Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme*. Hrsgg. im Auftrag der Gesellschaft für Soziologie (Ostdeutschland). Berlin: Akademie Verlag.
- Meyer, H. 1992b: Bericht über die Jahresmitgliederversammlung der Gesellschaft für Soziologie (Ostdeutschland). *DGS-Informationen*, 2. Jg. Heft 2, 10–13.
- Schäfers, B. 1999: Soziologische Perspektiven zur Wiedervereinigung. *Soziologische Revue*, 22. Jg., Heft 3, 301–308.
- Weidig, R. 1978: Soziologie. In G. Aßmann et al. (Hg.), *Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie*. 2., erweiterte Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag, 599–615.
- Wolf, H. F. 1991: Bemerkungen zur Geschichte der soziologischen Kolloquien in Leipzig. *Soziologie, Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, 20. Jg., Heft 1, 22–38.
- Zapf, W. (Hg.) 1991: *Die Modernisierung moderner Gesellschaften: Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990*. Frankfurt am Main, New York: Campus.